

Subventionierung der Sozialbeiträge: Wenig effektiv und teuer

Die Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge wird derzeit als wichtige Maßnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Beschäftigung diskutiert. Die mit dieser Reduktion einher gehende hohe Belastung gilt vor allem im Niedriglohnbereich als wesentliches Beschäftigungshemmnis. Daher wird häufig eine Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge vor allem in diesem Bereich empfohlen.

■ Der bekannteste Vorschlag für eine solche Subventionierung stammt von der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Benchmarking-Gruppe im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“. Er sieht eine degressiv gestaffelte Subventionierung vor. Bei Vollzeitbeschäftigung werden in der mittleren Variante bei einem monatlichen Bruttoerwerbseinkommen zwischen 300 Mark und 1.400 Mark die Sozialversicherungsbeiträge vollständig subventioniert. Die Subvention läuft bei

einem monatlichen Bruttoerwerbseinkommen von 2.800 Mark aus. Bei Teilzeitbeschäftigung besteht Anspruch auf eine anteilige Subvention.

Die Befürworter sehen deren Vorteil darin, dass zum einen die Lohnkosten sinken und zum anderen die Nettoerwerbseinkommen der subventionierten Arbeitnehmer steigen, weil die Sozialversicherungsbeiträge nun durch den Staat übernommen werden. Dadurch erhöht sich der Anreiz für die Unternehmen, verstärkt geringqualifizierte Arbeit-

nehmer einzustellen, und auch die Motivation zur Aufnahme einer gering entlohnten Tätigkeit steigt.

In einer aktuellen Untersuchung des ZEW werden die Beschäftigungseffekte und fiskalischen Kosten des obigen Vorschlags geschätzt. In der Basisvariante (ZEW 1) fällt der Beschäftigungseffekt im Vergleich zum Subventionsaufwand gering aus: Nur etwa 55.000 Personen fänden eine neue Beschäftigung. Ursache ist die geschätzte geringe Reaktion des Arbeitsangebots auf Lohnänderungen („Arbeitsangebotselastizität“) (vgl. zu den methodischen Grundlagen H. Buslei und V. Steiner: Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1999). Andererseits sind als gegenläufiger Effekt mit dem Anstieg der Arbeitsnachfrage, der durch die Lohnsubvention ausgelöst wird, Lohnsteigerungen verbunden. Dadurch fällt der Be-

Wirkung subventionierter Sozialbeiträge im Niedriglohnbereich

	ZEW 1	ZEW 2	DIW ^{a)}
Anzahl subventionierter Arbeitnehmer	4,6 Mio	4,6 Mio	4,8 Mio
Anzahl zusätzlich Beschäftigter	55.000	108.000	150.000
Subventionen insgesamt ^{b)}	14.423	14.069	14.856
an bereits Beschäftigte ^{c)}	13.447	13.447	14.350
an zusätzlich Beschäftigte	187	383	506
durch Lohn- und Arbeitszeitanpassungen	789	239	-
Zusätzliche Steuereinnahmen			
Lohnsteuer ^{d)}			
auf Lohn der zusätzlich Beschäftigten	161	349	173
durch Lohn- und Arbeitszeitanpassungen	706	220	-
Mehrwertsteuer ^{e)} durch zusätzl. Einkommen			
Arbeitnehmeranteil an SV-Beiträgen	721	703	750
Lohn der zusätzlich Beschäftigten ^{f)}	50	114	241
Lohn- und Arbeitszeitanpassungen	353	110	-
Zusätzliche Sozialversicherungseinnahmen			
auf Lohn der zusätzlich Beschäftigten	338	732	787
durch Lohn- und Arbeitszeitanpassungen	1.438	462	-
Eingesparte Transfers	305	609	768
Nettokosten insgesamt (DM pro Jahr)	~10,3 Mrd	~10,8 Mrd	~12 Mrd
pro zusätzl. Beschäftigten (DM pro Jahr)	190.000	100.000	80.000

Anmerkungen: a) DIW Wochenbericht 27/99; b) Komponenten der Nettokosten in Mio. DM; c) Diese sog. Einführungskosten stellen die Kosten der Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten im Niedriglohnbereich ohne Anpassungsreaktionen dar; d) ZEW: pauschal 20 Prozent Lohnsteuer auf den Lohn durch zusätzliche Beschäftigung und Lohn- und Arbeitszeitanpassungen; Lohnsteuer auf den Arbeitnehmeranteil an den Subventionen ergäbe weitere 1,4 Milliarden Mark an staatl. Einnahmen; e) ZEW: pauschal 10 Prozent; f) ZEW: auf Lohn abzüglich entfallener Transfers. Quelle: DIW, ZEW

In dieser Ausgabe

Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge im Niedriglohnbereich ...	1
EU-Osterweiterung und Migration	3
Unternehmensgründungen in Ostdeutschland	4
ZEW-Workshop	5
ZEW-Seminar, Neuerscheinungen	6
Termine	2,6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

schäftigungseffekt geringer aus als im Fall eines unveränderten Lohnes. Die zusätzliche Beschäftigung von 55.000 Personen verursacht fiskalische Nettokosten in Höhe von etwa 10,3 Milliarden Mark, das heißt pro zusätzlich Beschäftigten entstehen Nettokosten von etwa 190.000 Mark.

Da die in der Literatur geschätzten Angebotselastizitäten eine weite Bandbreite umfassen, wird eine weitere Modellrechnung ausgewiesen (ZEW 2). Sie basiert auf dem Vierfachen der am ZEW ermittelten Angebotselastizitäten und somit auf Werten am oberen Ende des realistischen Bereichs. Das heißt das Arbeitsangebot reagiert stärker auf Lohnänderungen als in der obigen Variante. In diesem Fall bleibt der Bruttolohn

praktisch unverändert, weil das Arbeitsangebot steigt, und es ergeben sich etwa 108.000 zusätzliche Beschäftigte, fiskalische Kosten in Höhe von etwa 10,8 Milliarden Mark und somit etwa 100.000 Mark pro zusätzlich Beschäftigten.

Die Höhe der Nettokosten pro zusätzlich Beschäftigten liegt auch in der oberen Variante noch über der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vorgelegten Abschätzung der fiskalischen Kosten bei Einführung der hier betrachteten Lohnsubvention. Bei jener Abschätzung wurde per Annahme von konstanten Bruttolöhnen und Wochenarbeitszeiten sowie von einem deutlich größeren Beschäftigungseffekt ausgegangen. Insbesondere der unterstellte Beschäftigungseffekt ist jedoch

nach den ZEW-Berechnungen nicht realistisch.

Auch wenn die Zusammensetzung der Nettokosten bei den DIW- und ZEW-Berechnungen aufgrund der unterschiedlichen Lohn- und Beschäftigungsreaktionen deutlich voneinander abweichen, ergibt sich eine eindeutige Schlussfolgerung: Die fiskalischen Nettokosten pro zusätzlich Beschäftigten einer Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge in der hier betrachteten Variante sind deutlich höher als die Bruttoeinkommen der subventionierten Arbeitnehmer. Daher ist diese Form der Lohnsubvention kein effizientes Instrument der Beschäftigungspolitik. ◀

*P. Jacobebbinghaus, jacobebbinghaus@zew.de
Dr. Viktor Steiner, steiner@zew.de*

Termine

Zweiter ZEW Summer Workshop

„Applied Environmental and Public Economics“

am 19. - 21. Juni 2000 im ZEW, Mannheim

Referenten: **Robert Inman** (Wharton School, University of Pennsylvania)
Stef Proost (Centre for Economic Studies, University of Leuven)
Thomas Rutherford (University of Boulder at Colorado)
Wolfgang Wiegard (Universität Regensburg)

Bewerbung: Bitte senden Sie uns eine erweiterte Kurzfassung Ihres Papers, einen Lebenslauf, der speziell Ihre bisherige Forschungstätigkeit darstellt, und zwei Referenzschreiben, die sich auf Ihre Forschung in der Umweltökonomie oder in der Finanzwissenschaft beziehen. Der Workshop richtet sich an Doktoranden und Post-Docs. Die Teilnehmerzahl ist auf 12 beschränkt.

Einreichung von Beiträgen bis 31. März 2000

Information:	Dr. Christoph Böhringer Tel. 0621/1235-200 Fax 0621/1235-226 E-Mail: boehring@zew.de	Dr. Robert Schwager Tel. 0621/125-160 Fax 0621/1235-215 E-Mail: schwager@zew.de
---------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------

Das ZEW organisiert die

„MIP-Nutzerkonferenz – Empirische Forschung mit dem Mannheimer Innovationspanel“

am 05./06. Mai 2000 im ZEW, Mannheim

Einreichung von Beiträgen bis 01. April 2000, Anmeldung zur Teilnahme bis 15. April 2000

Information, Beitragseinreichungen und Anmeldung:

Dr. Norbert Janz, Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim, Tel. 0621/1235-171, Fax -170, E-Mail jan@zew.de
Informationen im Internet: www.zew.de/mip-konferenz

Forschungsergebnisse

EU-Osterweiterung und Migration

Die EU-Beitrittsanträge einiger osteuropäischer Länder haben Befürchtungen bezüglich massiver Ost-West-Einwandererströme, steigender Arbeitslosigkeit und einer Erosion westeuropäischer Wohlfahrtsstaaten ausgelöst. Ergebnisse einer aktuellen ZEW-Untersuchung zeigen hingegen, dass bei Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher und politischer Determinanten der Migration eine Masseneinwanderung nicht zu erwarten ist.

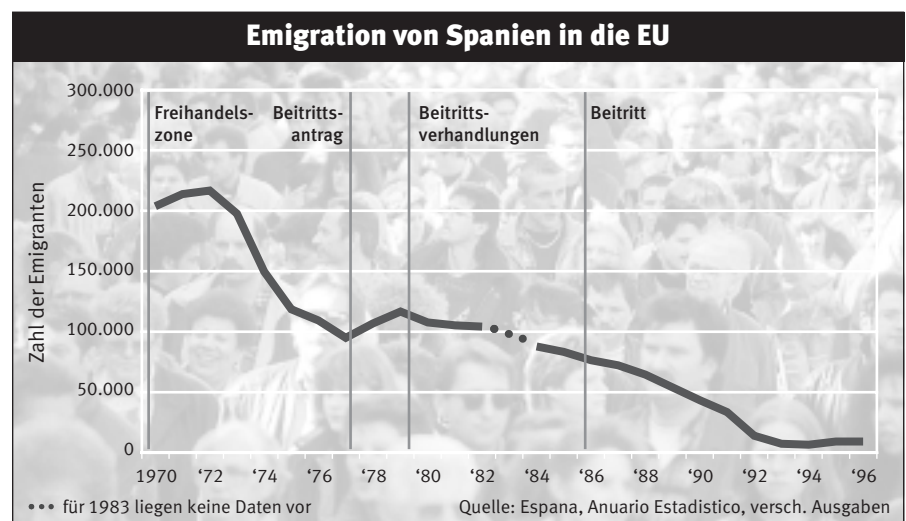
■ Die Prognose unkontrollierter Einwanderungsströme wird von der traditionellen Migrationstheorie gestützt, nach der Migrationsentscheidungen hauptsächlich durch die erwarteten Netto-Einkommensgewinne abzüglich der Kosten der Auswanderung bestimmt sind. Zu den derzeitigen Unterschieden in Lohnniveau und Sozialleistungen zwischen Ost- und Westeuropa käme nach einem EU-Beitritt eine Senkung der Migrationskosten. Infolgedessen nähme die Einwanderung in westeuropäische Länder zu. Hierbei wird jedoch als einzige entscheidungsrelevante Auswirkung eines EU-Beitritts die Senkung der Migrationskosten berücksichtigt. Das tatsächliche Migrationsverhalten kann so aber nur unzureichend erklärt werden, da auch die erwartete Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Situation im Heimatland und der westeuropäischen Immigrationspolitik bedeutsam sind. Diesbezüglich sind je nachdem, ob der EU-Beitritt positiv beschieden wird oder nicht, unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten.

EU-Beitritt entscheidend

Im Fall einer negativen Entscheidung über den Beitrittsantrag kann im besten Fall ein langsamerer Aufholprozess gegenüber dem Westen, im ungünstigsten Fall sogar eine weitere Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen erwartet werden. Die fortbestehenden Einkommensunterschiede stellen bei einer Auswanderung in den Westen hohe Gewinne in Aussicht. Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation, unzulängliche Systeme sozialer Sicherung und zunehmende Auswanderungszahlen können die politische und soziale Situation in Osteuropa destabilisieren und eine weitere Zunahme der Auswanderung verursachen. Es besteht die Gefahr, dass westeuropäische Länder aus Furcht vor Massenein-

wanderungen ihre Immigrationspolitik verschärfen. Dies könnte weitere Einwanderungswellen auslösen, die durch die Befürchtung verursacht sind, dass in Zukunft eine Auswanderung nicht mehr

mals wurden Befürchtungen hinsichtlich unkontrollierter Migrationsströme in die Länder der Kern-EU geäußert. Tatsächlich blieb jedoch in der Folge des EU-Beitritts der Südländer ein drastischer



möglich ist. Eine Verschärfung westeuropäischer Immigrationspolitik kann so paradoxerweise zu noch höheren Einwanderungszahlen führen.

Wird der Beitrittsantrag hingegen positiv beschieden, so muss aufgrund der im EU-Vertrag festgelegten Freizügigkeitsgarantie keine Verschärfung der Immigrationspolitik befürchtet werden, sodass eine Auswanderung auch zukünftig möglich ist. Darüber hinaus ist längerfristig ein Aufholprozess der osteuropäischen Pro-Kopf-Einkommen und eine Angleichung der sozialen Sicherungssysteme an das westeuropäische Niveau zu erwarten. Ein EU-Beitritt trägt demnach dazu bei, die Anreize zur Auswanderung in den Westen zu reduzieren.

Die Erfahrung Südeuropas

Diese Argumente werden, wie eine aktuelle ZEW-Studie zeigt, durch die Erfahrungen der EU-Süderweiterung in den achtziger Jahren gestützt. Auch da-

anstieg der Einwanderungszahlen aus. In Spanien sind nach der Etablierung der Freihandelszone 1969 die Auswanderungszahlen in die EU von über 200.000 pro Jahr (1970) stetig zurückgegangen und haben sich seit Anfang der neunziger Jahre auf etwa 2.000 bis 3.000 Auswanderer pro Jahr eingependelt. Im Hinblick auf die totale Netto-Migration sind in den neunziger Jahren sowohl Spanien als auch Portugal zu Netto-Einwanderungsländern geworden. Noch deutlicher ist der Rückgang der Netto-Auswanderungszahlen im Fall von Griechenland, das bereits nach dem Beitrittsantrag 1975 zu einem Netto-Einwanderungsland wurde.

Die Beobachtungen legen nahe, dass eine EU-Osterweiterung nicht notwendigerweise eine unkontrollierte Ost-West-Migration zur Folge hat, sondern im Gegenteil einen Rückgang der Migrationsströme nach sich ziehen kann. ◀

Dr. Margit Kraus, kraus@zew.de
Dr. Robert Schwager, schwager@zew.de

Forschungsergebnisse

Mehr Gründungen in Ostdeutschland

Die Zahl der Unternehmensneugründungen hat sich laut einer aktuellen Studie auf Basis des ZEW-Gründungspanels in den neuen Bundesländern und Berlin insgesamt im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr wieder erhöht, nachdem im Jahr 1997 noch ein leichter Rückgang zu beobachten war. Allerdings fiel die Zunahme mit 1,9 Prozent nicht einmal halb so hoch aus wie in den alten Bundesländern (ohne Berlin-West).

■ Ein Zuwachs in ähnlicher Höhe (+1,8 Prozent) ergibt sich bei Betrachtung der Zahl von Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen laut der Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes. Dabei geht deren Abgrenzung deutlich über das hinaus, was gemeinhin unter Unternehmensneugründungen verstanden wird.

Die ZEW-Untersuchung zeigt, dass sich die Gründungsintensität (Gründungen je Erwerbsfähige) in den neuen Bundesländern in den vergangenen Jahren „normalisiert“ hat. Der Gründungsboom unmittelbar nach der Wiedervereinigung flaute innerhalb weniger Jahre deutlich ab. Seit 1995 sind kaum noch Unterschiede in den Gründungsintensitäten zwischen Ost und West auszumachen. Auch die Veränderung der Gründungszahl erfolgt in beiden Regionen in die gleiche Richtung.

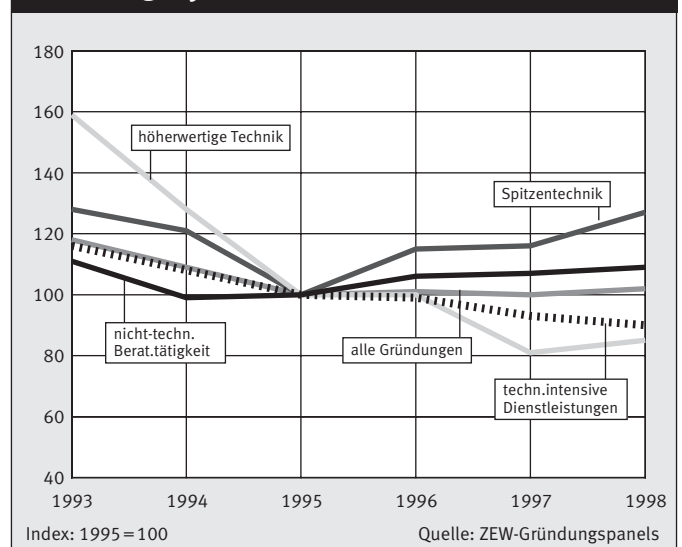
Dienstleister vorn

Die zunehmende Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft spiegelt sich auch im Gründungsgeschehen wider. Der Anteil der Dienstleister im eigentlichen Sinne (das heißt alle Branchen des tertiären Sektors, die nicht den Bereichen Handel, Banken/Versicherungen oder Verkehr/Nachrichten zuzurechnen sind) am gesamten Gründungsaufkommen in den neuen Bundesländern und Berlin erhöhte sich im Zeitraum von 1990 bis 1998 von 31 auf 46 Prozent.

Damit liegt er knapp vier Prozentpunkte unter dem Anteil in den alten Bundesländern im Jahr 1998.

Daneben gilt den Unternehmensneugründungen in forschungs- und entwicklungsintensiven (FuE-intensiven) Wirtschaftszweigen aufgrund ihres Beitrags zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der erhofften langfristigen Beschäftigungseffekte besonderes Interesse. Mit 5,5 Prozent ist der Anteil von Unternehmen in Wirtschaftszweigen mit besonders hoher FuE-Intensität (Spitzentechnik im verarbeitenden Gewerbe und technologieintensive Dienstleister) an allen Unternehmensneugründungen in den neuen Bundesländern und Berlin im Jahr 1998 zwar gering, liegt aber nur knapp unter dem Wert der alten Bundesländer (6,1 Prozent). Weitere 4,7 Prozent entfallen auf Gründungen in Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes mit einer mittleren FuE-Intensität (höherwertige Technik) und auf weitere wissensintensive Dienstleistungsbranchen (nicht-technische Beratungstätigkeiten). Der Vergleichswert der

Gründungsdynamik in den neuen Bundesländern



alten Bundesländer liegt bei 6,7 Prozent, wobei der Anteil nicht-technischer Beratungstätigkeiten (Rechts-, Steuer-, Wirtschafts- und Unternehmensberatung, Werbung) in den neuen Bundesländern deutlich niedriger als in den alten Bundesländern ausfällt.

Die Zuwachsraten der Gründungszahlen in der Spitzentechnik und in den nicht-technischen Beratungstätigkeiten fallen höher aus als die Zuwachsraten aller Gründungen (siehe Abbildung). So sind in der Spitzentechnologie im Jahr 1998 etwa 27 Prozent mehr Gründungen gegenüber dem Jahr 1995 zu beobachten. Bei den nicht-technischen Beratungstätigkeiten fällt der Zuwachs mit neun Prozent wesentlich geringer aus. Erfreulich ist die aktuelle Entwicklung in der höherwertigen Technik. Nach einem beträchtlichen Rückgang im Jahr 1997 konnte die Gründungszahl im Jahr 1998 um 5,5 Prozent wieder deutlich zulegen.

Eine ausführliche Beschreibung der ZEW-Gründungsdaten erscheint in Kürze als ZEW-Dokumentation No. 00-02. ◀

Dirk Engel, engel@zew.de

Unternehmensneugründungen in den ZEW-Gründungspanels

Als Unternehmensneugründung wird jeder erstmalige Aufbau eines Unternehmens durch eine natürliche Person bezeichnet. Ein Unternehmen kann mehrere Betriebe umfassen. Angaben zu neugegründeten Unternehmen werden dem ZEW seit 1990 vom Verband der Vereine Creditreform zur Verfügung gestellt.

Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen, Statistisches Bundesamt

Hierbei handelt es sich um alle von natürlichen oder juristischen Personen erstmals neuerrichteten Betriebe (das heißt die echten Neugründungen, Auslagerungen und vor allem Kleingewerbetreibende). Datengrundlage sind die Gewerbeanzeigen in den Gemeinden.

ZEW-Workshop

Innovative Verkehrsdienstleistungen / Komponenten der Verkehrstelematik

■ Ende 1999 wurde am ZEW ein Workshop zum Thema „Innovative Verkehrsdienstleistungen/Komponenten der Verkehrstelematik“ veranstaltet. Thematische Schwerpunkte waren: neue Mobilitätsdienstleistungen, Angebotsprofil der anbietenden Unternehmen, Unternehmensdynamik im Verkehrstelematikbereich, Innovationsverhalten von Telematikfirmen im Vergleich und Entwicklungspotenziale und -hemmnisse. Der Workshop fand im Rahmen eines Forschungsprojekts zu diesem Thema statt, das vom ZEW, der Prognos AG und dem Unternehmensberater Dr. Zimmermann für das BMBF bearbeitet wird. Er sollte erste Ergebnisse aus dem Projekt mit Einschätzungen und Erfahrungen „aus der Praxis“ zusammenbringen.

Bessere Verkehrssysteme

Peter Hassenbach vom BMBF erläuterte das Rahmenprogramm „Mobilität in Ballungsräumen“ des Ministeriums. Ziel dieses Programms ist, Innovationsinitiativen anzustoßen, um nachzuweisen, dass in Ballungsräumen durch effizienteren Verkehr und über schlagkräftige Private-Public-Partnership-Konsortien leistungsfähige Verkehrssysteme nicht im Gegensatz zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Sicherheit stehen müssen. Das Programm ist als Wettbewerb konzipiert, und aus 155 Vorschlägen wurden sechs Leitprojekte ausgewählt. Deren Ansatzpunkte sind bessere Verkehrssysteme und besseres Verkehrsmanagement durch intermodale Verkehrsinformationen, Kooperationsmodelle und den besseren Einsatz technischer Systeme.

Eines dieser Leitprojekte, das Projekt WAYflow, wurde von dessen Projektleiter, Hans J. Wegel vom Rhein-Main-Verkehrsverbund, vorgestellt. Ansatzpunkte von WAYflow sind, die Zugangsbarrieren zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu senken – vor allem komplizierte und unverständliche Tarifsysteme – und die Defizite in Marketing und Vertrieb zu mindern. Hierdurch soll die Entwicklung des ÖPNV zu einem modernen Mobilitätsdienstleister

forciert werden. Bessere Kundenorientierung und die Betonung der intermodalen Angebote hat sich WAYflow auf die Fahnen geschrieben. Hierzu soll zum einen ein „MobiChip“ entwickelt werden, der individualisierte Informationsangebote für verschiedene Zielgruppen ermöglicht. Zum anderen wird eine „Informationsplattform Rhein-Main“ angestrebt, bei der auf der Basis eines Multi-Agenten-Systems marktorientierte Informations- und Vertriebsdienste generiert werden.

Dr. Michael Rummel von der Firma Debis und Bodo A. Schnabel von der Comroad AG erläuterten mögliche Entwicklungen bei mobilitätsdienstleistungsbezogener Software und für den System- und Hardwarebereich. Es sollten verschiedene Dienstleistungskomponenten zur Verfügung stehen, um unterschiedliche Informationsbedürfnisse zu befriedigen. Sie erstrecken sich von der Ortung und Lokalisierung (Startpunkt) über die Reiseplan- und Zielinformationssysteme (Zielpunkt) bis zu Routenplanung, Routenmonitoring und Verkehrsinformation (Strecken- und Transportmittelwahl). Mobilitätsdienstleistungen bieten heute in Teilbereichen sinnvolle Hilfestellungen an, sie decken allerdings nur einen Teil der Mobilitätskette ab. Es ist zu erwarten, dass zukünftig die gesamte Mobilitätskette von den Dienstleistern angesprochen wird.

Die Rolle von Kooperationen für die Innovationsfähigkeit von neuen Verkehrsdienstleistern und Telematikfirmen war das Thema von Dr. Hans Hubschneider von der PTV-AG. Er identifizierte zwei mögliche Kooperationsebenen in diesem Bereich: die Kooperation der Systemanbieter (Hardware+Daten+Software+Kommunikationsweg) und die Kooperation der Teilsysteme (Hardware+Hardware, Daten+Daten...). Wichtiger als die Entwicklung neuer technischer Möglichkeiten durch Kooperationen ist die Orientierung an dem Interesse potenzieller Kunden an einfacher, transparenter und vollständiger Information. Gerade für

Innovationsprojekte erscheinen Kooperationen in Form geschlossener Dienstleistungserfolge versprechender und einfacher zu installieren als andere Formen, da kein direkter Wettbewerb zwischen den Partnern stattfindet.

Analyse der Kundenbedürfnisse

Visionen der Marktentwicklung für Mobilitätsdienstleister entwickelte Klaus Möhlenkamp von der cepcon GmbH. Er stellte fest, dass entgegen der gängigen Slogans der Markt für Verkehrstelematik nicht in Schwung kommt. Eine wichtige Ursache dafür sieht er darin, dass zwar technikverliebte Lösungen für Teilbereiche angeboten werden, aber keine „nützlichen“ Dienstleistungen für die täglichen Probleme. Deshalb ist eine kritische Analyse der Kundenbedürfnisse von Nöten. Neue Technologien allein schaffen noch keine Märkte. Ein Ansatzpunkt für die Verwirklichung der Vision von einfachen kundennahen Lösungen liegt in der deutlichen Absenkung der Schwellen für Contentlieferanten.

Alle Beiträge des Workshops sind ausführlich im Internet dokumentiert: www.zew.de/frameset.html unter „innovative Verkehrsdienstleistungen“.

Jürgen Egel, egeln@zew.de



ZEW-Seminar

Bildungsrenditen in den Niederlanden von 1986 bis 1998

■ Im Rahmen des ZEW-Seminars referierte Prof. Dr. Joan Muysken von der Universität Maastricht über den Zusammenhang zwischen Ausbildung, Fertigkeiten



Professor Joan Muysken

keiten der Beschäftigten, Arbeitsplatzcharakteristiken und Bildungsrenditen. Anhand von niederländischen Daten über den Zeitraum 1986 bis 1998 zeigte er, dass eine starke Erhöhung der Qualifikation der Beschäftigten statt gefun-

den hat. Gleichzeitig nahmen auf allen Ebenen der Firmenhierarchie, außer der niedrigsten Ebene, die Anforderungen an die Fähigkeiten und Fertigkeiten ab.

Aus beiden Faktoren kann abgeleitet werden, dass im Beobachtungszeitraum Überqualifizierung entstand, wobei sich die Überqualifizierung auf die erforderlichen Fähigkeiten und Charakteristiken eines Arbeitsplatzes bezieht und nicht auf die erforderliche Qualifikation. Bei der Berechnung von Einkommensrenditen von Ausbildung müssen bei Existenz von Überqualifizierung somit nicht nur das Qualifikationsniveau, sondern auch persönliche Eigenschaften und Charakteristiken des Arbeitsplatzes berücksichtigt werden, da ansonsten der Einfluss der Qualifikation auf das Lohnniveau überschätzt wird.

Deshalb fügte Muysken bei der Berechnung der Einkommensrenditen von Ausbildungsgängen in den Niederlanden auch Charakteristiken des Arbeits-

platzes und Indikatoren für Fähigkeiten der Beschäftigten in der klassischen Mincer-Gleichung hinzu. Es zeigte sich, dass bei den Arbeitsplatzcharakteristiken die Beschäftigung in einer großen Firma, das Funktionsniveau und das Vorhandensein von Unterebenen einen positiven Einfluss auf den Lohn haben. Allgemein werden die Renditen für Ausbildung durch die Einbeziehung von Arbeitsplatzcharakteristiken reduziert. Hiervon sind vor allem die Beschäftigten mit höheren Ausbildungsniveaus betroffen. Somit ist neben der Ausbildung auch eine gute Übereinstimmung zwischen den erforderlichen und vorhandenen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Beschäftigten für die Bezahlung ausschlaggebend. In der Schätzung konnte zusätzlich gezeigt werden, dass die Renditen von Arbeitserfahrung und von Ausbildung im Beobachtungszeitraum abnahmen. ◀

Information: Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW-Wirtschaftsanalysen/ Schriftenreihe des ZEW

Egeln, Jürgen; Gassler, Helmut; Schmidt, Peter: *Regionale Aspekte von Unternehmensneugründungen in Österreich*. Band 43, 1999, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Wiskemann, Gabriel: *Strategisches Human Resource Management und Arbeitsmarkt: Personalplanung als Grundlage*

eines systematischen Beschäftigungsmanagements. Band 44, 2000, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

■ Discussion Papers

Lechner, Michael; Pfeiffer, Friedhelm; Spengler, Hannes; Almus, Matthias: *The Impact of Non-profit Temping Agencies on Individual Labour Market Success in the West German State Rhineland-Pala-*

tinate, No. 00-02.

Wolf, Elke: *Lower Wages for Less Hours? A Simultaneous Wage-Hours Model for Germany*, No. 00-03.

Lauer, Charlotte; Steiner, Viktor: *Returns to Education in West Germany – An Empirical Assessment*, No. 00-04.

Boockmann, Bernhard; Steiner, Viktor: *Cohort Effects and the Returns to Education in West Germany*, No. 00-05.

Termine

■ Expertenseminare:

Markttechnische Analyse, 24. März 2000, ZEW-Gebäude.

Quality Function Deployment – Erfolgreiche kundenorientierte Produkt- und Prozessentwicklung, 28. März 2000, ZEW-Gebäude.

Neue Entwicklungen in der internationalen Rechnungslegung und Besteuerung, 30. März 2000, ZEW-Gebäude.

Wertanalyse, 04. April 2000, ZEW-Gebäude.

Unternehmensbesteuerung im Umbruch, 05. April 2000, ZEW-Gebäude.

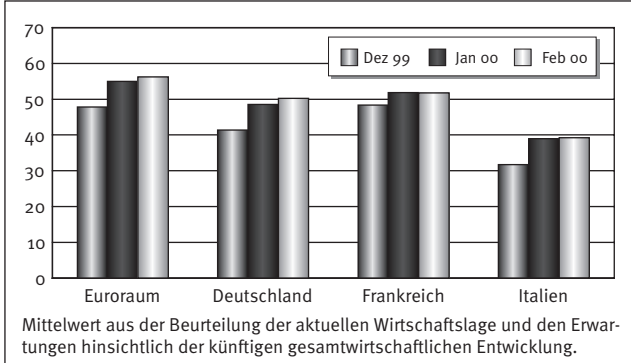
■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de. Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Information: Ute Günderoth, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: guenderoth@zew.de

Daten und Fakten

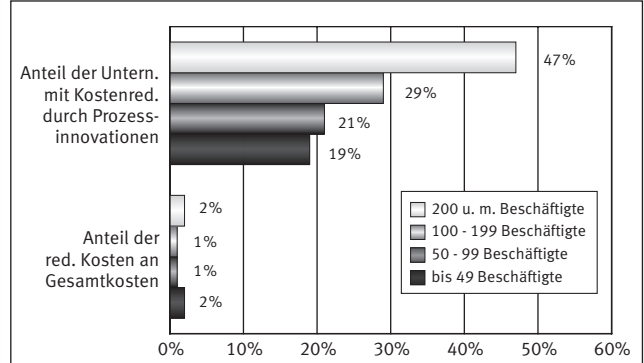
Finanzmarkttest im Februar: Konjunkturklima im Euroraum



Quelle: ZEW

Im Euroraum ist das Konjunkturklima unverändert positiv. Nach Meinung der befragten Finanzexperten konnte Deutschland aufholen, Italien hingegen bleibt weiterhin das Schlusslicht. In Frankreich wird die aktuelle Situation von 38 Prozent der Experten als gut bezeichnet, Deutschland erhält immerhin von jedem fünften die Note gut, Italien liegt mit elf Prozent weit zurück. Im Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und Italien wird die größte Dynamik für die Bundesrepublik erwartet. Ein Blick auf die Beurteilung der künftigen Ertragsentwicklung in einzelnen Sektoren zeigt, dass export- und technologiestarke Branchen weiterhin die Nase vorn haben. *Andrea Szczesny, szczesny@zew.de*

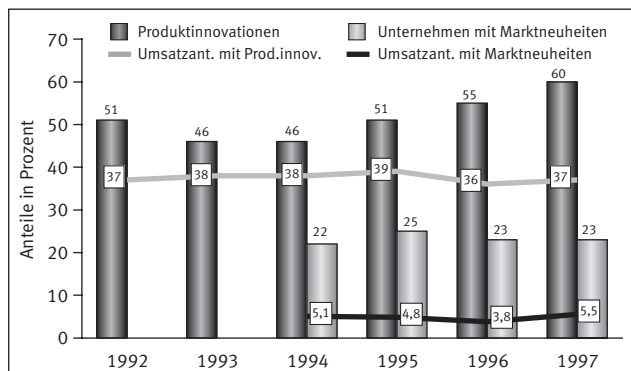
Großhandel: Nur geringe Kostenreduktion durch Prozessinnovationen



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1998

Rund 20 Prozent der Großhandelsunternehmen erreichen durch Einführung neuer oder verbesserter Prozesse eine Kostenreduktion. Damit liegt die Branche zwar im Durchschnitt des gesamten Dienstleistungsgewerbes. Im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe (40 Prozent) liegt die Branche allerdings weit zurück. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Großhandelsunternehmen durch Prozessinnovationen eine Kostenreduzierung erzielen kann, wächst mit der Größe des Unternehmens. Der Anteil der reduzierten Kosten an den Gesamtkosten der Unternehmen liegt dabei – unabhängig von der Unternehmensgröße – zwischen einem und zwei Prozent. *Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de*

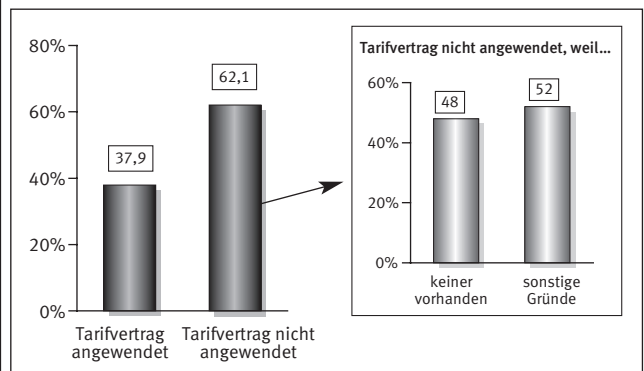
Anteil der Produktinnovatoren im verarbeitenden Gewerbe nimmt weiter zu



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1998

Der Anteil der Produktinnovatoren im verarbeitenden Gewerbe hat 1997 mit 60 Prozent einen neuen Höchststand erreicht, nachdem er bereits seit 1994 kontinuierlich gestiegen war. Dabei ist jedoch nicht jede Innovation eine echte Neuheit für den gesamten Markt. Der Anteil der Unternehmen, welche die Innovationen auch als erste Anbieter auf den Markt gebracht haben, liegt mit etwa 25 Prozent deutlich unter dem Anteil der Produktinnovatoren. Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss dies allein noch nicht als Nachteil gesehen werden: Neben kreativem Innovationsverhalten ist auch eine schnelle Diffusion von Know-how und neuen Ideen von Bedeutung. *Günther Ebling, ebling@zew.de*

Verbreitung von Tarifverträgen bei unternehmensnahen Dienstleistern



Quelle: Dienstleistungsumfrage

Im Jahr 1999 wendeten 37,9 Prozent der unternehmensnahen Dienstleister (bezogen auf den Umsatz der Unternehmen) einen Tarifvertrag an. Dabei bestehen keine Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen. 62,1 Prozent wendeten keinen Tarifvertrag an. Etwa 48 Prozent der Unternehmen, die keinen Tarifvertrag anwenden, gaben an, dass für ihre Branche keiner existiert; etwa 52 Prozent wenden aus anderen Gründen keinen Tarifvertrag an. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Branchen, für die kein Tarifvertrag existiert, höher als im gesamtdeutschen Durchschnitt. *Ulrich Kaiser, kaiser@zew.de*
Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

standpunkt



IWF

Ein Gerangel um Spitzenposten kann sich seit jeher des öffentlichen Interesses gewiss sein, erst recht hierzulande, wenn es um die Besetzung des Chefpostens beim Internationalen Währungsfonds (IWF) mit einem deutschen Kandidaten geht. Dabei steht der IWF seit geraumer Zeit, spätestens aber seit der Finanzkrise des Jahres 1997, im Mittelpunkt kritischer Betrachtungen. Nicht selten wird sogar seine Abschaffung gefordert.

Der IWF wurde im Jahr 1944 in Bretton Woods (New Hampshire, USA) gegründet, und ihm kam als Hauptaufgabe die Sicherung der Funktionstüchtigkeit des nach jenem Städtchen benannten internationalen Währungssystems zu. Dieses Währungssystem basierte auf festen Wechselkursen, die innerhalb bestimmter Bandbreiten gehalten werden mussten, von Fall zu Fall aber auch auf- oder abgewertet wurden. Die Mitglieder des IWF konnten unter bestimmten Voraussetzungen fremde Währungen vom IWF „ziehen“, um ihre eigene Währung bei Abwertungstendenzen innerhalb vorgegebener Bandbreiten zu „verteidigen“, mussten andererseits dem IWF im Rahmen eines Quotensystems die eigene Währung zur Verfügung stellen.

Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems und dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen oder später zu eigenen Währungsgebieten, wie beispielsweise dem Europäischen Währungssystem oder der Europäischen Währungsunion, hat sich das Schwergewicht der Tätigkeit des IWF mehr auf die Bewältigung von Finanzkrisen in Entwicklungs- und Schwellenländern verlagert. An der Art dieses Krisenmanagements setzt die Kritik an.

Zum einen wird bemängelt, dass sich der IWF im Fall von Finanzkrisen zu schnell in die Rolle eines Kreditgebers der letzten Instanz („lender of the last resort“) hat drängen lassen. Zwar muss er diese Aufgabe im Fall einer Gefährdung der Funktionstüchtigkeit der internationalen Finanzordnung etwa auf Grund von nicht mehr beherrschbaren Kettenreaktionen von Abwertungsspekulationen und Ban-

kenzusammenbrüchen („systemisches Risiko“) in der Tat schnell und kraftvoll übernehmen, aber solche Befürchtungen waren häufig unbegründet. Die Asienkrise des Jahres 1997 beispielsweise barg eben kein systemisches Risiko, weil das Engagement der westlichen Gläubigerbanken zu wenig bedeutend und die Diversifikation der Risiken über andere Märkte zu weit vorangeschritten waren. Stattdessen bewirkt ein solch unangebracht schnelles Eingreifen des IWF beachtliche Fehlanreize: Die (westlichen) privaten Gläubigerbanken werden nur unzureichend bei der Krisenbewältigung in Form von Umschuldungen und Schuldenerlass in die Pflicht genommen, und die wirtschaftspolitischen Anstrengungen der betroffenen Länder lassen zu wünschen übrig.

Zum anderen lautet der Vorwurf, dass der IWF die Fehlentwicklungen, die zu der Krise geführt haben, zu spät erkannt und dann auch noch mit ökonomisch falschen Gegenmaßnahmen zu bekämpfen versucht hat. Die zu Rede stehenden asiatischen Volkswirtschaften litten seinerzeit vornehmlich unter der Fehlsteuerung ihrer eigenen Finanz-, Arbeits- und Gütermärkte, die Geld- und Finanzpolitik war für die Krise kaum verantwortlich, sodass diesbezüglich wirtschaftspolitische Auflagen des IWF eine falsche Therapie darstellten.

Der neue geschäftsführende Direktor des IWF muss daher dafür Sorge tragen, dass der IWF die Gefahren einer Finanzkrise früher erkennt und ursachengerecht einschätzt und sein Pulver als „lender of the last resort“ solange trocken hält, bis es im Fall eines systemischen Risikos wirklich gebraucht wird. Gewiss: Das ist leichter gesagt als getan. Aber: Schickt Deutschland denn nicht eine exzellente Persönlichkeit ins Rennen?

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher